

Zeitlinie

Chronology der Politik des Mittleren Weges

Diese Zeitlinie will nicht die komplette Chronologie darstellen, sondern beschränkt sich auf die Eckdaten bei der Entwicklung der Politik des Mittleren Weges.

- 1949** Die chinesische Volksbefreiungsarmee dringt nach Tibet ein und beginnt, das Land unter ihre Kontrolle zu bringen.
- 1951-1959** 1951 zwingt die chinesische Regierung die tibetischen Vertreter, das „17-Punkte-Abkommen über Maßnahmen zur friedlichen Befreiung Tibets“ zu unterzeichnen. Die chinesische Regierung mißachtet jedoch die Bestimmungen des Abkommens und kommt den Verpflichtungen, die ihr daraus erwachsen, nicht nach.
- 1959** Nach dem wachsenden Widerstand, der in den späten 50er Jahren in verschiedenen Teilen Tibets aufkommt, bricht auch in der tibetischen Hauptstadt Lhasa im März 1959 ein nationaler Aufstand aus. Die chinesischen Truppen schlagen den Aufstand nieder; dies führt innerhalb von sieben Monaten zum Tod von 87.000 Tibetern. Auf der Flucht vor der chinesischen Besetzung Tibets, folgen etwa 80.000 Tibeter Seiner Heiligkeit dem Dalai Lama über den Himalaya ins Exil nach Indien, Nepal und Bhutan.
- 1959-1974** Dank der Unterstützung der indischen Regierung lässt sich Seine Heiligkeit der Dalai Lama im Exil in Nordindien nieder, zuerst in Mussoorie and später in Dharamshala, wo die Tibetische Zentralverwaltung (CTA, engl. *Central Tibetan Administration*) aufgebaut wird. In den folgenden Jahren konzentrieren sich die Exiltibeter, unterstützt und geleitet von Seiner Heiligkeit dem Dalai Lama und der CTA, darauf, sich in Exilgemeinschaften in der ganzen Welt ein neues Leben aufzubauen. In dieser Zeit verabschiedet die Generalversammlung der Vereinten Nationen drei Resolutionen zur Tibetfrage und zwar 1959, 1961 und 1965.
- 1974** Nach 15 Jahren des Exils fasst Seine Heiligkeit der Dalai Lama angesichts des Ernstes der Lage in Tibet und der Notwendigkeit, das Leiden der Tibeter zu lindern, einen beiderseits vorteilhaften Vorschlag zur Lösung des Tibetproblems ins Auge. Er führt eine Reihe von Konsultationen mit dem Kashag (den Mitgliedern des Tibetischen Kabinetts), mit den Vertretern des Tibetischen Parlaments-im-Exil (TPiE) und mit vertrauenswürdigen Freunden Tibets. Die interne Entscheidung wird getroffen, nun eine auf Autonomie ausgerichtete Politik zu betreiben – den „Mittleren Weg“ –, statt einer Loslösung von der Volksrepublik China (VRCh). Diese Politik wurde dann als *Politik des Mittleren Weges* (tib. „Umaylam“) bekannt.
- 1979** Der oberste chinesische Führer Deng Xiaoping erklärt, „mit Ausnahme der Unabhängigkeit Tibets können alle anderen Probleme diskutiert werden“ und bietet Gespräche mit Seiner Heiligkeit dem Dalai Lama an. Da die Politik des Mittleren Weges schon konzipiert war, erging

eine positive Antwort an Deng Xiaoping. Sie kennzeichnete den Beginn einer langen Periode des Kontakts und der Gespräche zwischen Dharamsala und Beijing.

- 1979-1985** China lässt vier Erkundungsdelegationen nach Tibet zu und zwar im August 1979, im Mai 1980, im Juni 1980 and im Juni 1985. Die Delegationen werden von der lokalen tibetischen Bevölkerung begeistert empfangen. Sie besuchen verschiedene Regionen von Tibet, u.a. Lhasa, Shigatse, Lhokha, Kongpo, Nyingtri, Sakya, Lhuntse, Tsona, Tsethang, Gyangtse, Choekhorgyal, Sangagchoeling and Yartok Nakartse in U-Tsang; Kanlho, Siling, Golok, Malho, Ngaba und Zoege in Amdo; Nagchu, Chamdo, Dege, Kardze, Nyarong, Gyalthang und Markham in Kham. 1982 and 1984 treffen chinesische Offizielle mit Erkundungsdelegationen aus Dharamsala zu Gesprächen in Beijing zusammen. Nach der Erkundungsdelegation von 1985 weigert sich China, weitere Delegationen zuzulassen. Ein Grund dafür wird nicht genannt.
- 1987** Seine Heiligkeit der Dalai Lama spricht vor dem Menschenrechtsausschuss des US-amerikanischen Kongresses und stellt einen *Fünf-Punkte-Friedensplan* für Tibet vor. Darin schlägt er der chinesischen Regierung vor, auf der Grundlage der Politik des Mittleren Weges ernsthafte Verhandlungen aufzunehmen.
- 1987-1989** 1987 wird ein friedlicher Straßenprotest großen Ausmaßes in Lhasa von den chinesischen Sicherheitskräften brutal niedergeschlagen. Es folgt eine neue Welle von Repressionen und Verhaftungen. Nach weiteren friedlichen Protesten verhängt China im März 1989 das Kriegsrecht über Lhasa.
- 1988** 1988 präsentiert Seine Heiligkeit der Dalai Lama im Europäischen Parlament den *Straßburger Vorschlag*, der auf dem *Fünf-Punkte-Friedensplan* aufbaut. Im September kündigt Beijing seine Bereitschaft an, mit den Tibetern zu verhandeln, and erklärt, Seine Heiligkeit der Dalai Lama könne Ort und Zeit für die Verhandlungen bestimmen. Dharamsala begrüßt die Verhandlungsbereitschaft Beijings, und benennt ein sechsköpfiges tibetisches Verhandlungsteam. Noch vor Beginn der Gespräche kehrt die chinesische Regierung jedoch zu ihrer früheren kompromisslosen Position zurück und erklärt, der *Straßburger Vorschlag* könne nicht als Grundlage für Gespräche dienen.
- 1989** Seine Heiligkeit der Dalai Lama wird für sein Bemühen um eine friedliche Lösung des Tibetproblems im Geiste der Toleranz und des gegenseitigen Respekts mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet.
- 1992** Seine Heiligkeit der Dalai Lama erklärt den *Straßburger Vorschlag* für ungültig, da vonseiten der chinesischen Regierung keinerlei positive Reaktion darauf erfolgte.
- 1993** Mit Beijings Weigerung, auf die zahlreichen diplomatischen Initiativen Seiner Heiligkeit des Dalai Lama zu reagieren, gehen 14 Jahre offiziellen Kontakts mit der chinesischen Regierung zuende. Im

folgenden Jahr, 1994, hält Beijing das dritte „Tibet-Arbeitsforum“ ab, auf dem eine harte politische Linie zu Tibet verabschiedet wird. Dies stellt eine einschneidende Veränderung zur liberaleren Politik früherer Foren dar.

- 1994** Angesichts der veränderten Haltung Beijings schlägt Seine Heiligkeit der Dalai Lama vor, in der Tibetergemeinschaft ein Referendum über den zukünftigen Umgang mit China und eine mögliche Neuausrichtung des tibetischen Freiheitskampfes durchzuführen.
- 1997** Auf der Grundlage der vorausgegangenen Meinungsumfrage und als Ausdruck des tiefen Vertrauens des tibetischen Volkes in Seine Heiligkeit den Dalai Lama nimmt das TPiE im September 1997 einstimmig eine Resolution an, die besagt, dass dieser in Zukunft die einzige Person sein solle, die in Bezug auf sino-tibetische Angelegenheiten Entscheidungen trifft. Des Weiteren beschließt das TPiE, dass, welche Entscheidungen Seine Heiligkeit der Dalai Lama auch immer treffen werde, diese vom gesamten tibetischen Volk so betrachtet würden, als seien sie durch ein Referendum zustande gekommen.
- 1998** In seiner öffentlichen Ansprache am 29. Jahrestag des Tibetischen Nationalen Volksaufstands am 10. März geht Seine Heiligkeit der Dalai Lama auf die Ereignisse des vergangenen Jahres ein; er dankt dem Volk von Tibet für das Vertrauen und die Hoffnung, die es in ihn setzt und bekräftigt erneut sein Eintreten für die Politik des Mittleren Weges.
- 2001** Seine Heiligkeit der Dalai Lama spricht vor der Vollversammlung des Europäischen Parlaments und drängt auf die Wiederaufnahme des Dialogs.
- 2002** Der Dialog mit China wird wiederaufgenommen mit der ersten von insgesamt neuen „Gesprächsrunden“ auf der Grundlage der Politik des Mittleren Weges. Die 1. Gesprächsrunde zwischen den Abgesandten Seiner Heiligkeit des Dalai Lama und Vertretern der chinesischen Regierung findet im September 2002 in Beijing statt. Es folgt die 2. Runde im Mai-Juni 2003 in Beijing, die 3. Runde im September 2004 in Beijing, die 4. Runde im Juni-Juli 2005 in Bern (Schweiz), die 5. Runde im Februar 2006 in der Stadt Guilin in China, die 6. Runde im Juni-Juli 2007 in Shanghai und in Nanjing, ein informelles Treffen im Mai 2008 in Shenzhen, die 7. Runde im Juni-Juli 2008 in Beijing, die 8. Runde im Oktober-November 2008 in Beijing und die 9. Gesprächsrunde im Januar-Februar 2010 in der Provinz Hunan und in Beijing.
- 2008** Im ersten Halbjahr 2008 brechen nie dagewesene Proteste großen Ausmaßes in Tibet aus. Bei der 7. Gesprächsrunde mit der chinesischen Regierung im Juli 2008 fordern die chinesischen Vertreter die tibetische Führung auf, die Art der Autonomie, die sie anstreben, schriftlich zu fixieren. Das *Memorandum über echte Autonomie für das tibetische Volk* wird bei der 8. Gesprächsrunde im Oktober-November desselben Jahres vorgelegt. Dieses *Memorandum* legt im

Einzelnen dar, wie echte Autonomie für das tibetische Volk im Rahmen der Verfassung der VRCH und dem Gesetz über Regionale Nationale Autonomie funktionieren würde, und definiert Komplexe wie die „Realisierung einer einzigen Verwaltung für die tibetische nationale Minderheit in der Volksrepublik China“, die „Art und Struktur der Autonomie“ und die „Elf Grundbedürfnisse der Tibeter“. Die chinesische Führung weist den Vorschlag zurück und behauptet fälschlicherweise, das *Memorandum* beinhalte Hinweise auf ein „Groß-Tibet“, einen „hohen Grad an Autonomie“, auf „verdeckte Unabhängigkeit“ und auf „Unabhängigkeit in anderem Gewand“.

2009 Tibeter beginnen, sich selbst in Brand zu setzen, um gegen die anhaltende Besetzung Tibets durch die chinesische Regierung und die politische Unterdrückung, die religiöse Verfolgung, die kulturelle Assimilierung und die wirtschaftliche Marginalisierung ihres Volkes sowie die Zerstörung der Umwelt zu protestieren. Während sie in Flammen standen und ihr Leben hingaben, forderten sie immer wieder die Rückkehr Seiner Heiligkeit des Dalai Lama nach Tibet und Freiheit für das tibetische Volk.

2010 Als Antwort auf die Bedenken der chinesischen Regierung und deren Einwände zum *Memorandum*, legt die tibetische Führung bei der 9. Gesprächsrunde eine *Note zum Memorandum über echte Autonomy für das tibetische Volk* vor. Das *Memorandum* und die *Note* erläutern, wie echte Autonomie für das tibetische Volk innerhalb des Rahmens der Volksrepublik China – ihrer Verfassung, ihrer territorialen Integrität und Souveränität, ihrer „drei nicht verhandelbaren Punkte“¹ sowie der Hierarchie und Autorität der chinesischen Zentralregierung (ChZR) – funktionieren würde.

Die *Note* geht ferner auf die von der chinesischen Regierung erhobenen spezifischen Bedenken hinsichtlich der Form der einheitlichen Verwaltung, des politischen, sozialen und wirtschaftlichen Systems, der öffentlichen Ordnung, der öffentlichen Sicherheit, der Regulierung der Bevölkerungsmigration, der Sprache und der Religion ein. Die chinesische Regierung weigert sich erneut, den Vorschlag anzunehmen.

2011 Nach dem Treffen von Präsident Barack Obama mit Seiner Heiligkeit dem Dalai Lama im Juli 2011, lobt das Weiße Haus „den Einsatz des Dalai Lama für Gewaltlosigkeit und Dialog mit China und sein Beharren auf der Politik des Mittleren Weges“ and ruft die Beteiligten auf, „einen direkten Dialog aufzunehmen, um lange schon währende Differenzen beizulegen“, denn „ein Dialog, der zu Ergebnissen führt, wäre für China und für Tibet von Vorteil“. Die tibetische Führung mit dem Sikyong Dr. Lobsang Sangay an der Spitze bekräftigt ein weiteres Mal ihr entschiedenes Eintreten für die Politik des Mittleren Weges und macht noch einmal deutlich, dass der Dialog zwischen den Ab-

¹ Die von der Zentralregierung verbindlich festgelegten „drei nicht verhandelbaren Punkte“ sind: 1. die führende Rolle der chinesischen Kommunistischen Partei, 2. Sozialismus mit chinesischen Charakteristika und 3. das System der regionalen nationalen Autonomie.

gesandten Seiner Heiligkeit des Dalai Lama und den Vertretern der chinesischen Führung der einzig gangbare Weg ist.

Heute

Von 2009 bis jetzt haben sich mindestens 130 Menschen in Tibet selbst verbrannt. Der Dialog zwischen den Abgesandten Seiner Heiligkeit des Dalai Lama und der chinesischen Führung bleibt festgefahren. Inzwischen begrüßen viele Regierungen – darunter die USA, die Europäische Union, Frankreich, Japan, Australien, Brasilien und Neuseeland – den Dialogprozess als realistischen und vernünftigen Weg. Trotz der sich verschlimmernden Situation in Tibet und der hohen Zahl von mehr als 130 Selbstverbrennungen, tritt das tibetische Volk weiterhin unbeirrt für die Politik des Mittleren Weges ein. In seinem Vertrauen in diese Politik wird es bestärkt durch die wachsende Unterstützung seitens der internationalen Gemeinschaft, darunter auch von vielen Chinesen, die an Frieden und Gerechtigkeit glauben.